

**Grußwort anlässlich des Neujahrempfanges des LTG 62
auf dem Fliegerhorst Wunstorf am Freitag, den 09.01.2015, 11:00 Uhr**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberst Bette,
sehr geehrter Herr Dr. Hoppenstedt, lieber Hendrik,
sehr geehrter Herr Abgeordneter Erkan,
sehr geehrter Herr Polizeipräsident Kluwe,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus der Regionsversammlung der Räte unserer Städte und Gemeinden,
sehr geehrte Ortsbürgermeisterinnen und Ortsbürgermeister, sehr geehrte Soldatinnen und Soldaten unseres Fliegerhorstes
sowie alle zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hier beschäftigt sind,
Sehr geehrte Damen und Herren,

kurz vor Weihnachten traf ich einen Bürger in unserer Stadt - nennen wir ihn Robert – und ich fragte ihn: “Na Robert, wie geht es dir?“ Mit eher betrüblicher Miene sagte er mir: “Eigentlich gut. Ich habe nichts zu meckern!“

Man merkte es ihm an, es war ihm eigentlich unangenehm, quasi keine Kritik üben zu dürfen, er wollte sich auch noch rechtfertigen. Mir wurde klar, dass es in Deutschland – nicht nur in Wunstorf – offensichtlich zum guten Ton gehört, immer etwas zu meckern zu haben.

Prof. Dr. Walter Krämer, ein Wunstorfer - besser gesagt ein Steinhuder – hat vor einigen Jahren in seinem Buch „Die Angst der Woche“ die Dinge auf den Punkt gebracht und auf Immanuel Kant verwiesen.

Der sagte einmal: “Dummheit ist der Mangel an Urteilskraft, und einem solchen Gebrechen ist nicht abzuhelfen.“ Negative Meldungen sind „in“ und werden sehr gerne von den Medien weitergegeben.

Im Zeitalter der Digitalisierung erhalten wir viele Informationen, doch diese breit verfügbaren Informationen werden häufig nicht kritisch hinterfragt. Wir Deutschen neigen dazu, nur das Negative entsprechend aufzunehmen und zu problematisieren.

Als am 01.12.2008 die luftrechtliche Genehmigung für die Erweiterung des Militärflugplatzes Wunstorf – so die offizielle Bezeichnung – erteilt wurde, gab es keine Meckerei, wenig Kritik und viel Zustimmung. Dieses zeigt, meine Damen, meine Herren, wie integriert die Soldatinnen und Soldaten des Fliegerhorstes Wunstorf in unserer Stadt sind. Es ist – glaube ich – eine echte und ehrliche Freude, dass nunmehr am 19.12.2014 der neue A 400 M hier in Wunstorf gelandet ist.

Wir sind stolz auf diesen Flugzeug, wir sind stolz, dass Wunstorf der zentrale Flughafen für den Lufttransport geworden ist. Es war nicht immer einfach und ich danke noch einmal unserer Bundestagsabgeordneten, Frau Caren Marks, und unserer ehemaligen Bundestagsabgeordneten, Frau Monika Brüning, für ihren großartigen Einsatz in dieser Sache.

Lieber Herr Oberst Bette, wir bekennen uns ohne wenn und aber zu unserem Fliegerhorst, der auch unsere Stadt weiterbringt. Denn, meine Damen, meine Herren, was wäre geschehen, wenn die Bundeswehr sich hier aus Wunstorf verabschiedet hätte:

Der Flugplatz wäre erhalten geblieben; viele Sportmaschinen würden dann dort den Platz anfliegen und evtl. würde auch Luftfracht dort verladen werden, um den Airport in Hannover Langenhagen zu entlasten.

Die Flugbewegungen hätten wir nicht kanalisieren können. Ich bin mir sicher, einiges an Lebensqualität in unserer Stadt wäre dann verloren gegangen. Natürlich melden sich auch Nörgler und Besserwisser in diesem Zusammenhang zu Wort.

Selbst ernannte Friedensaktivisten, sie kommen in erster Linie aus Neustadt und nicht aus Wunstorf, befürchten, dass sich unsere Stadt zum terroristischen, oder auch zum nuklearen Angriffsziel entwickeln könnte, so ein Artikel im Stadtanzeiger.

Auch würde eine zunehmende Überwachung durch Polizei und Geheimdienst nicht ausgeschlossen sein. Man reibt sich natürlich erstaunt die Augen, welcher Unsinn hier verbreitet wird. Aber das gehört in Deutschland dazu; es muss gemeckert werden. Dass der Fliegerhorst Wunstorf und insbesondere das Lufttransportgeschwader sehr häufig in UN-Mission fliegt, um Elend und Leid auf dieser Welt zu lindern, wird geflissentlich unterschlagen. Terroristische Anschläge? Wohl nicht bei militärischen Einrichtungen, sondern wohl eher im Herzen der Gemeinschaft, z. B. 1980 auf dem Münchner Oktoberfest.

Aber meine Damen und Herren, meckern ist „in“: Neulich las ich in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, dass es weiterhin Proteste gegen Fällarbeiten an der B 3-Umgehung in Hemmingen gibt. Die Ortsumgehung Hemmingen war jahrelang Streitpunkt und es gab auch mehrere gerichtliche Auseinandersetzungen. Obwohl die Gerichte letztendlich den jetzigen Trassenverlauf bestätigt haben und es viele Bürgerversammlungen in dieser Sache gab, gibt es weiterhin großen Protest – obwohl jedermann weiß: So geht es nicht weiter, Hemmingen hat zu viel Verkehr im Zentrum seiner Gemeinde.

Deutsche sind einfach gerne wütend, dieses konnte man am 28. Dezember 2014 in der Welt am Sonntag lesen.

Ob Putin-Versteher, Vulgärpazifisten oder Verteidiger des Abendlandes, die Irren hierzulande werden immer zorniger. Wo ist der legendäre deutsche Humor geblieben, fragte sich der Autor des Artikels Oliver Jeges.

Auch in Wunstorf wird die Ortsumgehung B 441 in diesem Jahr mit Sicherheit ein Thema werden. Es ist damit zu rechnen, dass es in dieser Sache einen Planfeststellungsbeschluss geben könnte - ich sage es bewusst im Konjunktiv, denn man weiß ja nie, was noch auf uns zukommt -. Allerdings, viele Bürgerversammlungen, viele Rechtsgutachten, viele Gespräche mit den betroffenen Anliegern, werden es nicht verhindern, dass auch hier dieser Planfeststellungsbeschluss gerichtlich überprüft werden wird. Auch dieses gehört zum Bild, was wir inzwischen von Deutschland haben. Man entrüstet sich leicht. Stuttgart 21 ist – glaube ich – dafür ein Sinnbild. Trotz eines transparenten Verfahrens, vieler Informationen und der rechtlichen Bestätigung der Planungen wird er von einer Minderheit nicht akzeptiert, sondern teilweise auch versucht, Stuttgart 21 mit Gewalt zu verhindern. Die Informationen, die es dazu gibt, werden nur einseitig wahrgenommen. Nur wenige machen sich die Mühe, alle Informationen zu verarbeiten und dann abzuwägen.

Ein schönes Beispiel – ganz aktuell – ist die Diskussion zum Bau der SüdLink-Stromtrasse des Netzbetreibers Tennet.

Zunächst wird versichert, dass man für die Energiewende sei und die Abschaltung von Atomkraftwerken überfällig wäre und man auch sonst für Stromsparen eintrete. Man

befürworte alternative Energien, nur eine Stromtrasse durch das eigene Gemeindegebiet, das gehe natürlich nicht. Die Kleinstaaterei, von der wir oft meinen, sie überwunden zu haben, wird hier besonders deutlich. Die Region Hannover treibt diesbezüglich eine besonders perfide Doppelstrategie. Andererseits begrüßt man natürlich Stromtrassen, doch möchte man sie möglichst weder nahe an den Orten haben, noch weniger im Bereich von Naturschutzgebieten – also überhaupt nicht.

Die Bundestagsabgeordneten werden gebeten, sich für eine Gesetzesänderung einzusetzen, dass eine Erdverkabelung auch aus Gründen des Landschaftsbildes oder des Naturschutzes möglich wird. Über Kosten, die im Übrigen die einzelnen Bürgerinnen und Bürger zu zahlen haben, keine Worte.

Das Verfahren hat noch nicht einmal richtig begonnen, schon fühlen sich Bürger überrumpelt, bilden Bürgerinitiativen und lassen sich vor der Presse mit einer Menschenkette abbilden. Es ist schick zu meckern und zu protestieren, ohne sich Gedanken zu machen, was eigentlich passiert, wenn man ausschließlich den Bedenken folgen würde: Es würde dann überhaupt keine Stromtrasse entstehen können.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal deutlich machen, dass Proteste und Bedenken in einer Demokratie durchaus Sinn machen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich nicht alles gefallen lassen, sondern sich natürlich auch einbringen, denn es geht um ihre Stadt, ihre Gemeinde und ihr Land. Dennoch befürchte ich, dass alle Argumente bei einer einseitigen Betrachtung nicht berücksichtigt werden. Obwohl es eine Vielzahl von Informationen gibt, wird nur die Information herausgepickt, die gerade passt.

Selbst hier in Wunstorf ist es nur schwer möglich, eine kleine Brücke über die Südaue zu planen, die noch nicht einmal den städtischen Haushalt belasten würde. Auch hier gibt es Proteste, Empfindlichkeiten und Bedenken, aus dem Staunen kommt man gar nicht heraus.

Ganz aktuell wird auch die Schulpolitik hier in Wunstorf diskutiert. Die Überlegung, das Gymnasium Steinhude in eine Außenstelle des Hölty-Gymnasiums umzuwandeln, hat vor Ort viele Proteste ausgelöst. Ich möchte hier an dieser Stelle nicht die Diskussion im Einzelnen wiedergeben, doch eins bleibt klar, die Konsequenzen werden nicht ausreichend erläutert, auch nicht im benachbarten Flecken Hagenburg. Niemand macht

sich Gedanken, wie eine Sanierung des Schulzentrums Steinhude finanziert werden soll. Nur auf den Ortsteil bezogen, hat man das Ganze – nämlich die Stadt Wunstorf – gar nicht im Blick. Mit einer rein ortsbezogenen Argumentation müssten wir eigentlich in Kolenfeld auch ein Gymnasium gründen.

Die Behauptung, dass zusätzlich 1100 Soldatinnen und Soldaten auf den Fliegerhorst kommen, zeigt, dass nach wie vor die Bundeswehr hier sehr willkommen ist - aber natürlich wissen wir, dass wir allenfalls die augenblickliche Soldatenstärke halten werden. Es gibt also keineswegs mehr Soldatinnen und Soldaten auf dem Fliegerhorst. Wir sind froh, dass wir keine gravierende Reduzierung beklagen müssen.

Ein weiterer Bereich ist natürlich die Flüchtlingsdiskussion. Jedermann sagt offiziell, er begrüße die Willkommenskultur, die unsere Bundes- und Landesregierung propagieren. Die Wirklichkeit sieht allerdings anders aus. Hinter vorgehaltener Hand wird uns immer wieder deutlich gemacht, dass wir zu viele Ausländer hier nach Wunstorf bekommen. Man habe Angst, dass wir überfremdet werden. Es geht sogar so weit, dass mir - natürlich anonym – jemand das Buch von Heinz Buschkowsky, „Neukölln ist überall“ in den Briefkasten gesteckt hat.

Die Pegida-Bewegung zeigt die unreflektierte Angst einer Minderheit vor Überfremdung unserer Gesellschaft. Unsere Bundeskanzlerin, Angela Merkel, sagte in ihrer Neujahrsansprache am

31. Dezember 2014:

„Heute rufen manche montags wieder „Wir sind das Volk“. Aber tatsächlich meinen Sie: Ihr gehört nicht dazu – wegen Eurer Hautfarbe oder Eurer Religion. Deshalb sage ich allen, die auf solche Demonstrationen gehen: Folgen Sie denen nicht, die dazu aufrufen! Denn zu oft sind Vorurteile, ist Kälte, ja, sogar Hass in deren Herzen.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Meine Damen, meine Herren, auch die Flüchtlingsproblematik wird in diesem Jahr eine große Herausforderung für Wunstorf werden. Noch ist es möglich, alle Flüchtlinge und Asylbewerber dezentral unterzubringen. Demnächst werden über 500 Flüchtlinge in unserer Stadt leben, das sind 1,3% der Bevölkerung! Aber wir kommen allmählich an unsere Grenzen. Es ist auch nicht so, dass wir es uns als Stadt aussuchen können, Flüchtlinge aufzunehmen oder nicht, wir sind gesetzlich dazu verpflichtet.

Aber ich betone ausdrücklich an dieser Stelle, wenn man z. B. das Elend in Syrien sieht: Es gibt auch eine christliche Verpflichtung, hier zu helfen. Häufig werden die Kommunen und auch die Region Hannover, die beziehe ich damit ein, dabei nicht ausreichend unterstützt.

Pro Flüchtling müssen wir pro Jahr rund € 10.000,-- aufwenden. Wir erhalten aber z. Zt. nur € 7.000,--

pro Kopf und müssen zusätzlich auch die Gesundheitskosten übernehmen. Gerade Flüchtlinge aus Krisengebieten sind traumatisiert und bedürfen entsprechender gesundheitlicher Hilfe. Die Kosten müssen wir alleine stemmen, was insbesondere bei den nach wie vor angespannten Haushalten kaum möglich ist.

Bayern und Baden-Württemberg gehen andere Wege und unterstützen die Kommunen vorbildlich. Hier in Niedersachsen sind die uns zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausreichend.

Warnen möchte ich an dieser Stelle, den feigen Anschlag auf die Redaktion der Satire-Zeitung „Charlie Hebdo“ dazu zu nutzen, Ängste weiter zu schüren. Ich stelle fest, für die Morde sind nicht die Flüchtlinge verantwortlich zu machen, sondern französische Bürger. Mein Mitgefühl ist bei unseren französischen Freunden. Ich werde an unsere Partnerstadt Flers ein Kondolenzschreiben schicken und wir haben heute vor dem Rathaus Halbmast geflaggt.

Ein weiterer Punkt des Meckerns sind Nachbarschaftsstreitigkeiten. Häufig bedienen sich Bürgerinnen oder Bürger der Stadt Wunstorf, um ihre Nachbarschaftsstreitigkeiten auszutragen. Vor einigen Wochen erhielt ich ein nettes Schreiben eines Bürgers mit entsprechender Fotodokumentation, der darauf hinwies, dass sein Nachbar auf öffentlichem Grün entsprechende Pestizide oder andere Gifte aufgetragen hat, um seine Grundstücksgrenze von Wildkräutern freizuhalten.

Der Bürger fragte ganz scheinheilig: „Darf ich dieses auch, liebe Stadt, denn ich möchte auch einen wildkräuterfreien Grenzstreifen haben?“

Diese perfide Art des Anschwärmens ist auch in Wunstorf nicht ungewöhnlich. Man meckert eben und wenn die Stadt nicht reagiert, ist man erst recht empört und schreibt es auch bei Facebook oder in anderen digitalen Medien.

Die Stadt Wunstorf möchte dem in diesem Jahr dadurch begegnen, dass sie mehr Transparenz durch mehr Bürgerbeteiligung möglich macht. Wir möchten, dass sich die Bürgerinnen und Bürger aktiv einbringen und sich an den wichtigen Themen, die die Stadt Wunstorf beschäftigen, beteiligen. Ich bleibe allerdings skeptisch.

Häufig engagieren sich nur diejenigen, die ihre persönlichen Interessen verfolgen und nicht das Allgemeinwohl im Auge haben. Insofern ist es gut, dass unsere Politik – und damit meine ich den Rat – entschieden hat, dass sie letztendlich die Entscheidungshoheit behalten und diese nicht abgeben wird.

Das Bürgerengagement ist allerdings auch ernst zu nehmen. Wir sehen es gerade bei der Abfalldiskussion, die völlig missraten ist. Hier hat man den Bürger nicht mitgenommen, daher wurden Proteste und auch viele Gerichtsverfahren ausgelöst.

Alles in allem – und auch darum wird gemeckert – sind die Entscheidungswege in Deutschland zu kompliziert. Man versteht es nicht mehr, warum z. B. die Nordumgehung seit 50 Jahren diskutiert wird. Man versteht es nicht mehr, dass Bauleitverfahren so lange dauern. Man versteht es nicht mehr, dass verkehrsrechtliche Entscheidungen nicht einfach und schnell umgesetzt werden. Dadurch, dass man die Entscheidungen nicht versteht, urteilt man häufig pauschal und vielleicht auch ungerecht.

Die Stadt Wunstorf gibt sich alle Mühe, hier transparent und auch gerecht zu wirken. Doch sind die komplexen Entscheidungswege tatsächlich nur schwer verständlich zu machen.

Trotz der digitalen Welt, die jedem eine Fülle von Informationen zugänglich macht, habe ich das Gefühl, dass die Menschen aus Unverständnis eine bestimmte Position einnehmen, die eigentlich nicht haltbar ist. Dann wird eben gemeckert.

Ich hoffe, im neuen Jahr wird das nicht überhand nehmen. Jedenfalls gibt es auf die Bundeswehr bezogen wenig Kritik. Ich erinnere mich noch an das Interview, das ich am 08. November 2014 geben musste, der Journalist – Hartmut Reichardt – wollte kritisch

von mir heraushören, dass der neue Fliegerhorst doch eine Belastung für die Bevölkerung darstellen würde und ich sollte ordentlich meckern.

Das habe ich nicht getan, denn wir Wunstorferinnen und Wunstorfer sind froh, dass dieser Fliegerhorst mit all den engagierten Soldatinnen und Soldaten so erhalten bleibt. Wir sind froh, dass der A 400 M hier starten und landen darf und wir sind froh, dass wir die Bundeswehr in unseren Stadtmauern haben.

In diesem Sinne wünsche ich unserer Bundeswehr alles erdenklich Gute, wenig Unfälle und natürlich auch den jetzt hoffentlich aus Afghanistan Zurückkehrenden wenig Probleme. Noch einmal: Im Namen von Rat und Verwaltung wünsche ich Ihnen allen von Herzen ein erfolgreiches Jahr 2015. Bleiben Sie gesund und unserer Stadt gewogen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Wunstorf, den 09. Januar 2015

Rolf-Axel Eberhardt
Bürgermeister